

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Mobilität

12. Sitzung
28. September 2022

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 11.31 Uhr
Vorsitz: Kristian Ronneburg (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0088](#)
9-Euro-Ticket – Welche Bilanz ziehen der Senat und die Verkehrsunternehmen? Mobil
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0098](#)
Ausblick auf eine Übergangs- und Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket Mobil
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Roman-Francesco Rogat (FDP) fragt, warum für das neue Rufbusangebot „Muva“ der BVG eine separate App entwickelt und der neue Service nicht in die bestehenden App-Angebote der BVG integriert worden sei.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) legt dar, mittelfristiges Ziel sei, bestehende App-Angebote zu nutzen, zunächst sollten der Rufbus und der Aufzegersatzservice entlang der U 5 und U 8 jedoch in einer separaten App getestet werden, um zu sehen, wie das Angebot angenommen werde und inwieweit die App noch angepasst werden müsse. Bei einer flächendeckenden Ausdehnung dieser Angebote sei dann eine Integration geboten. Der nächste Schritt sei ein Deep Link zum ersten Quartal 2023, sodass die Buchung einfacher sein werde.

Roman-Francesco Rogat (FDP) erkundigt sich nach ersten Erkenntnissen, wie „Muva“ angenommen werde und wie hoch die Auslastung sei.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) antwortet, dass ihr noch keine Auswertung vorliege, aber der Betrieb funktioniere und stabil laufe. Das Angebot solle auch noch bekannter gemacht werden, damit es mehr genutzt und die Poolingquote erhöht werde.

Oliver Friederici (CDU) bittet um Auskunft, wie der Senat eine mögliche Verlängerung der Tram von der Turmstraße bis Jungfernheide mit straßenbündiger Gleisführung bewerte.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) berichtet, dass im Rahmen der Vorplanung unterschiedliche Varianten geprüft würden. Im Abschnitt Turmstraße–Huttenstraße sei nach Abwägung verschiedener Kriterien im Interesse der Geschwindigkeit des ÖPNV ein eigener Gleiskörper die zu bevorzugende Variante. Damit seien Eingriffe im Bereich der Bäume verbunden, die allerdings möglichst gering gehalten werden sollten, ggf. werde es Nachpflanzungen geben.

Harald Laatsch (AfD) stellt die Frage, welche den Verkehrsfluss verbessernde Maßnahmen der Senat in Abstimmung mit der Autobahn GmbH ergriffen habe, um in den kommenden vier Wochen Kernbauzeit auf der A 111 in Reinickendorf, Borsigwalde und Tegel Verkehrschaos und Staus zu minimieren.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) führt aus, die Eingriffe durch die Bauphasen sollten nach Abstimmung mit der Autobahn GmbH so gering wie möglich gehalten werden. Es werde im Vorfeld umfassende Verkehrsinformationen und Hinweise auf den Infotafeln geben, sodass Umfahrungen möglich seien. Allerdings sei das Straßennetz nicht darauf ausgelegt, kurzfristig den Verkehr einer Bundesautobahn aufzunehmen, sodass temporäre Staubildungen nicht auszuschließen seien.

Harald Laatsch (AfD) fragt nach, welche grundsätzlichen verkehrsleitenden Maßnahmen über Informationen hinaus ergriffen würden.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) unterstreicht, dass auf Umfahrungsmöglichkeiten hingewiesen werde, damit nicht der gesamte Verkehr innerstädtisch abgewickelt werden müsse.

Kristian Ronneburg (LINKE) nimmt Bezug auf die Sanierung der Eisenacher Straße in Marzahn-Hellersdorf, die bis 2025 dauern solle. Wie weit seien die Vorbereitungen für den Ersatzneubau der Hellersorfer Brücke, um Beeinträchtigungen möglichst gering zu halten?

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) weist darauf hin, dass es um zwei Brücken gehe, die zur Aufnahme von umfassenderem Rad- und Fußverkehr nicht in der Lage seien, sodass ein Ersatzneubau für eine leistungsfähige Verkehrsanbindung erforderlich sei, der direkt im Anschluss an die Straßenbaumaßnahmen in der Eisenacher Straße erfolgen solle. SenUMVK erwarte die Fertigstellung bis 2027. Veranschlagt würden aktuell 1,5 Mio. Euro. Es werde geprüft, Planung und Bau der Brücken mit bautechnologischen Maßnahmen zu beschleunigen.

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt die Nachfrage, ob ein längeres Planungsverfahren mit Blick auf die Auswirkungen auf die Umwelt ausgeschlossen werden könne.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) verneint dies, denn im Wuhletal sei ein sensibles Gebiet zu berücksichtigen, sodass Eingriffe durch Baumaßnahmen möglichst gering bleiben müssten.

Werner Graf (GRÜNE) fragt, ob vor dem Hintergrund der Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Oktober mit einer baldigen Erhöhung des Taxitarifs zu rechnen sei.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) teilt mit, es bestehe Einvernehmen mit den Taxiverbänden und dem Landkreis Dahme-Spreewald, die Tarife und auch den Flughafentarif zu erhöhen. Für die Umsetzung gebe es ein reguläres Verfahren: Anhörung der Verbände, Mitzeichnungsverfahren der betroffenen Senatsverwaltungen, Senatsvorlage, Veröffentlichung im Amtsblatt, Umstellung der Taxameter. SenUMVK setze sich für eine schnelle Umsetzung ein.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| a) | Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0177
Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Straßengesetzes – Vereinfachung des Erlaubnisverfahrens für die Einrichtung von Baustellen | 0031
Mobil
StadtWohn(f) |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Novelle des Straßengesetzes zur Beschleunigung und Absicherung von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP) | 0086
Mobil |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.09.2022

Mathias Schulz (SPD) führt aus, es sei klar, dass Baustellengenehmigungen beschleunigt werden sollten, in der Anhörung sei aber deutlich geworden, dass die straßenverkehrsrechtliche Anordnung ein relevanter Faktor sei und es sich um ein zweigeteiltes Verfahren handle, sodass eine pauschale Genehmigungsfiktion für die Baustellengenehmigung nicht hilfreich sei. Die von der Handwerkskammer ins Spiel gebrachte Versagungsfiktion sei übergreifend mit Skepsis betrachtet worden. Die Unternehmen brauchten klare landesrechtliche Regelungen. Die unterschiedlichen Ebenen müssten abgestimmt miteinander arbeiten. Die von der CDU-Fraktion geforderte Genehmigungsfiktion für Haupt- und Nebenstraßen sei untauglich. Die Lösung liege eher in der Koordinierung der Genehmigungsprozesse und der Abstimmung zwischen den Ämtern. Die Koalitionsfraktionen würden den Antrag ablehnen und den Senat bitten, weiter an dem Thema zu arbeiten. Die Besprechung solle vertagt werden.

Oliver Friederici (CDU) erklärt, dass seine Fraktion an dem Antrag festhalte. Zumindest ein Anzuhörender habe sich eine solche Regelung für Nebenstraßen vorstellen können. Man könne sie auch auf Hauptstraßen erweitern. Andere Bundesländer verfahren bereits entsprechend. Wenn in den Genehmigungsbehörden nicht genügend Personal vorhanden sei, müssten mehr Stellen geschaffen und besetzt werden. Das Problem sei, dass Stellen häufig nicht besetzt werden könnten. Seine Fraktion plädiere für eine Liberalisierung an dieser Stelle, denn eine Genehmigungsfiktion sei nach Ansicht von Fachleuten ein wirkungsvolles Mittel, um in Berlin schnelleres Bauen zu erreichen und für mehr Wohnraum zu sorgen.

Felix Reifschneider (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze, denn man könne bereits erste Schritte einleiten, auch wenn noch weitere Schritte seitens des Senats erforderlich seien, denn mit der Genehmigungsfiktion allein sei es nicht getan. Da man nicht ad hoc mehr Personal in den zuständigen Behörden haben werde, müsse es zunächst um Maßnahmen gehen, die die Personalintensität reduzierten, Prozesse optimierten und Verfahren beschleunigten, denn er gehe nicht davon aus, dass die Koalition im Nachtragshaushalt zusätzliche Stellen schaffen werde. Wann werde der Senat entsprechende Maßnahmen ergreifen?

Harald Laatsch (AfD) plädiert dafür, die Prozesse in der Berliner Verwaltung zu beschleunigen und die Verwaltung hier durch eine Genehmigungsfiktion zu entlasten. Daher werde seine Fraktion den Antrag unterstützen.

Werner Graf (GRÜNE) geht davon aus, dass der Senat ein Gesamtkonzept vorlegen werde. Es sei nicht sinnvoll, einen Punkt als Schnellschuss zu beschließen, der am Ende zu Chaos führe. Auch die Sicherheit müsse im Fokus stehen; gerade in den Nebenstraßen seien die schutzbedürftigsten Verkehrsteilnehmer/-innen unterwegs. Der Ausschuss werde sich weiter mit dem Thema beschäftigen. Dazu solle der Besprechungspunkt vertagt werden.

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) betont, eine Genehmigungsfiktion wäre lediglich ein Schritt, der am Ende aber keine umfassende Beschleunigung brächte, weil diese noch nicht dazu führe, dass man mit dem Bauen beginnen könnte. SenUMVK sei dabei, Vorschläge für eine tatsächliche Beschleunigung zu entwickeln, und nehme den Auftrag mit.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0177 zu empfehlen, und vertagt den Besprechungspunkt unter b.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0431

[0094](#)
Mobil

**Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des
Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

Staatssekretärin Dr. Meike Niedbal (SenUMVK) schildert, nachdem das Carsharinggesetz grundsätzlich Förderung von Carsharing ermögliche, gehe es um die Ausgabe von Plaketten zur Kennzeichnung von Carsharingfahrzeugen, mit der das LABO beauftragt werden solle, das auch für die Feinstaubplakette zuständig sei, sodass sich Synergien bei der Beantragung für Neufahrzeuge für Carsharingunternehmen ergäben.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme der Vorlage Drucksache 19/0431 zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.